

22.02.2025 Demonstration Rede

Vor einem halben Jahr habe ich hier gestanden und berichtet, wie mir nach und nach die Augen geöffnet wurden, dass die Pressefreiheit in Deutschland zwar auf dem Papier existiert, aber in der Realität eben doch Maulkorb trägt.

Am Beispiel Nahostkonflikt kann man das sehr gut erkennen. Die „deutsche Staatsräson“ sorgt zusammen mit dem inzwischen verschärften Antisemitismusbegriff und einem vorseilenden Gehorsam dafür, dass die Berichterstattung einseitig und unvollständig ist. Da wird über die Leiden der israelischen Bürger ausführlich und zeitnah berichtet, während die immense Not der Palästinenser in kleinen Randartikeln als quasi selbstverschuldetes Resultat grundloser Aggression gegen Israel dargestellt wird.

Wer je wie ich im Westjordanland die absurde Zonenregelung, die Machtlosigkeit, die ausufernden Siedlungen, die tägliche Unterdrückung und Erniedrigung der Palästinenser erlebt hat, reibt sich die Augen angesichts der deutschen Presse: Realität und Berichterstattung klaffen in den deutschen Mainstream-Medien eklatant auseinander. (Ausnahmen werden gern zu später Nachtstunde gesendet)

Die Äußerungen deutscher Politiker, die um die Missachtung des Völkerrechts, vom Unrecht, das in Palästina seit über 70 Jahren passiert, wissen, diese Verhältnisse aber beschönigen, verschleiern, gar abstreiten, empfinde ich als **Heuchelei und Unehrllichkeit**.

Das hat bei mir zur Folge, dass ich mich zunehmend fremd in meinem eigenen Land fühle.

Morgen ist Bundestagswahl.

Eine Wahl zu haben klingt gut. Aber welche Wahl habe ich?

Ich habe mir die Mühe gemacht, die Wahlprogramme (die vor dem Waffenstillstandsabkommen verfasst wurden) der etablierten Parteien nach Aussagen zum Nahostkonflikt zu durchforsten. Hier eine kurze Zusammenfassung:

Vorweg: CDU/CSU, SPD, FDP sprechen vom Existenzrecht Israels als deutscher Staatsräson

CDU: *Israel soll militärisch unterstützt werden

*will mehr Engagement gegen Israelhass und Antisemitismus,

*will Aufbau eines deutsch-israelischen Jugendwerkes, das ein aktuelles und reales Bild von Israel vermitteln soll (!)

*zivilgesellschaftliche Institutionen sollen Bekenntnis zu Existenzrecht Israels und gegen Antisemitismus im Sinne von IHRA abgeben

*Bekenntnis zum Existenzrecht Israels ist Einbürgerungsvoraussetzung

SPD: *appelliert an „Einhaltung des humanen Völkerrechts im Gazakrieg“

*fordert einen Waffenstillstand, um die katastrophale Lage in Gaza zu beenden

*„Der völkerrechtswidrige Siedlungsbau muss gestoppt werden“

*spricht sich für neuen Anlauf in der 2-Staaten-Lösung aus

FDP: *ist für ein „mit Partnern und Staaten der Region abgestimmtes 2-Staaten-Modell“

*Sicherheit des „jüdischen Staates Israel“ (!) steht im Vordergrund

*will Beziehungen zu Israel intensivieren,

*in Sachen Rüstungsexporte will die FDP Israel mit Natopartnern gleichstellen

*“Israel hat Selbstverteidigungsrecht gegen antisemitischen Terrorismus“

Grüne: *Nahostkonflikt steht nicht im Vordergrund

*Existenzrecht Israels ist unverhandelbar

*dauerhafte Sicherheit ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte 2-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich.

*verurteilen Siedlungsbau, Siedlergewalt und Annexionspläne

*bei jeder Entscheidung über Rüstungsexporte ist das humanitäre Völkerrecht zu Berücksichtigen

Einen kompletten Stopp der Waffenlieferungen an Israel fordern nur Linke und BSW

Die Linke *fordert, die Waffenlieferungen zu stoppen

*unterstützt die Verfahren vor dem IStGH gegen „die Verantwortlichen auf beiden Seiten“

*fordert ein Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus

*Ziel ist ein gleichberechtigtes sicheres Leben in Israel und Palästina im Rahmen einer 2-Staaten-Lösung

BSW *fordert, die Waffenlieferungen an Israel komplett zu stoppen

*fordert sofortigen Waffenstillstand und ernsthafte Verhandlungen über eine 2-Staaten-Lösung

*lehnt den neuen Antisemitismusbegriff ab, da damit Kritik an Israel weitgehend mit Antisemitismus gleichgesetzt wird

*spricht angesichts der israelischen Kriegsführung von einem „rücksichtslosen Rache- und Vernichtungsfeldzug der Regierung Netanjahu gegen Frauen und Kinder“

Damit ist jedenfalls meine Wahlentscheidung klar.

Frauke Wöltjen